Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München.



Nummer 44 **München / 3. Jahrgang** **3. November 1916**

Die Judenzählung.

Es scheint, daß der (nebenbei gesagt aus Bayern stammende) Zentrumsantrag, die Konfession der in den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen festzustellen, im Plenum des Reichstags nicht zur Sprache kommen und damit unter den Tisch fallen wird, während die Statistik an sich bereits im Gange sein soll. Die allerorten gegen ein so bedenkliches Vorgehen erhobenen Einwände haben doch wohl die Antragsteller stutzig gemacht. Der Antrag hat ja geradezu einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Nachstehend geben wir eine Auswahl von Preßstimmen zu dieser Angelegenheit wieder:

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

„Interessant ist eine Erinnerung daran, daß das Zentrum früher bezüglich des Rechtes, nach der Religion zu forschen, sich ungefähr zu der Ansicht bekannt hat: „Nie sollst du mich befragen, noch Wissens Sorge tragen“. Bei der Beratung des sogenannten Toleranzantrages des Zentrums im Reichstage im Mai 1906 hat der Führer des Zentrums, der Abgeordnete Spahn, gesagt: „Wo eine gesetzliche Vorschrift zur Offenlegung seiner Religionsgemeinschaft nicht besteht, ist doch schon jetzt jeder, der nach seiner Religionsgemeinschaft befragt wird, berechtigt zu sagen: ich habe keinen Anlaß, Antwort auf diese Frage zu erteilen. Eine Verpflichtung dazu besteht für ihn nicht.

Man darf gespannt sein, wieweit das Zentrum, wenn es jetzt zu der Beratung des Vorschlages der Budgetkommission kommen wird, sich zu seinen früheren Anschauungen bekennt.“

Die „Vossische Zeitung“ schreibt:

„An und für sich ist eine konfessionelle Statistik aller Kriegsteilnehmer, Reklamierten usw. durchaus nicht ungerecht und auch von den jüdischen Verbänden gefordert worden. Worum es sich aber bei dem Beschluß des Ausschusses handelt, zu dem ja noch das Plenum Stellung nehmen muß, ist etwas anderes. Es werden ganz bestimmte Gesellschaften herausgegriffen, die im Interesse des uns aufgezwungenen Wirtschaftskrieges lediglich nach fachlichen, nicht nach konfessionellen Gesichtspunkten zusammengesetzt sind. Die Frage müßte lauten: Sind mehr Juden in diesen Gesellschaften vertreten, als nach der Berufsstatistik zu erwarten stand? Warum werden nicht für die Proviantämter, Bekleidungsämter, Bezirkskommandos dieselben Statistiken gefordert? Die letzten Beweggründe für den Beschluß werden klar durch die antisemitischen Artikel der konservativen Presse.“

Die nationalliberale „Berliner Börsenzeitung“ schreibt:

„Eines steht unzweifelhaft fest, daß hier ein Novum vorliegt, ein Vorgang, wie er sich weder in der Geschichte des preußischen Staates, seitdem dieser eine Verfassung hat, noch in der des Deutschen Reiches bisher ereignet hat. Schon mit Rücksicht auf diese Tatsache will es uns verwunderlich erscheinen, daß auch die nationalliberalen Vertreter in der Kommission für den Antrag gestimmt haben. Vielleicht hätte schon der Grundsatz einer jeden liberalen Partei, daß die Religion persönliche Angelegenheit jedes einzelnen Staatsbürgers ist, ausreichend Veranlassung zu einer anderen Haltung sein müssen. Nun wird gesagt, daß durch die Aufnahme der Konfession in die Statistik von vornherein antisemitischen Behauptungen, die später nicht mehr zu widerlegen sein würden, vorgebeugt werden soll. Demnach handelt es sich also um eine ganz exzeptionelle Kriegsmaßregel. Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß, wenn hier der Zweck tatsächlich erreicht und in möglichst gerechter Weise verfahren werden soll, unter keinen Umständen ausschließlich die Konfession der Angestellten der Kriegsgesellschaften festgestellt werden kann, sondern daß es dann erforderlich ist, eine Liste aller im zivilen Staatsdienste, wie in Privatunternehmungen angestellten Personen im wehrpflichtigen Alter anzulegen. Die Bezirkskommandos würden hierzu ja unschwer in der Lage sein.‘

Der antisemitische „Reichsbote“ schreibt:

„Diese Unterstellung Herrn Scheidemanns (Wir brachten die Scheidemann'schen Ausführungen in unserer vorigen Nummer. D. Red.) ist ganz außerordentlich tendenziös. Ist doch schon im vorigen Jahre im Reichstage festgestellt worden, daß in der Reichsgetreidestelle allerdings auffallend viele Juden angestellt waren. Der Präsident der Reichsgetreidestelle gab das offen zu mit dem Hinzufügen, man könne ohne diese „branchekundigen“ Leute, die im Frieden den Getreidehandel beherrschen, nun einmal nicht auskommen. Lag unter solchen Umständen die Resolution sachlich so weltenfern, wie Herr Scheidemann es hinzustellen beliebt? Und wenn es wahr ist, daß sich die antisemitische Bewegung jetzt schon an allen Ecken und Enden hervorwagt, sollten dafür nicht sachliche, berechtigte Gründe vorhanden sein? Sollte z. B. der wucherische Zwischen- und Kettenhandel nicht unter unseren jüdischen Mitbürgern einen sonderlich starken Prozentsatz von Vertretern haben? Auf diese Fragen jetzt einzugehen, ist schwierig; aber später werden sie genauer untersucht werden müssen.

Herr Scheidemann stellt es so hin, als wollte die „reaktionär-nationalistische Richtung" nach dem alten Gaunertrick „Haltet den Dieb!" die dumpfe Volksmasse auf unsere semitischen Mitbürger hetzen, um die Aufmerksamkeit von den eigenen egoistischen Machenschaften abzulenken, und um so besser ihr fettes Süppchen am schmutzig schwelenden Feuer wärmen zu können. Eine solche Verdächtigung rührt uns nicht."

Zum Schluß schreibt dieses Blatt im Zeichen des Burgfriedens:

„Heute jedoch schon raten wir Herrn Scheidemann, sich nicht allzusehr mit der „goldenen Internationale" einzulassen, wenn es ihm wirklich ernst ist damit, daß die Kapitalherrschaft über die Arbeiterinteressen nicht Macht gewinne."

Der „V o r w ä r t s" schreibt:

„Hat denn der Staat ein Recht nach der Religion zu forschen? Für Preußen antwortet das nach dieser Richtung noch gültige „Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten" klipp und klar mit: Nein. §§ 4 und 5 II. 11 des Allgemeinen Landrechts lauten:

§ 4. Niemand soll wegen seiner Religionsmeinung beunruhigt, zur Rechenschaft gezogen, verspottet oder gar verfolgt werden.

§ 5. Auch der Staat kann von einem einzelnen Untertan die Angabe: zu welcher Religionspartei sich derselbe bekenne, nur alsdann fordern, wenn die Kraft und Gültigkeit gewisser bürgerlicher Handlungen davon abhängt.

§ 6 fährt dann fort:

Aber selbst in diesem Falle können mit dem Geständnis abweichender Meinungen nur diejenigen nachteiligen Folgen für den Gestehenden verbunden werden, welche aus seiner dadurch, vermöge der Gesetze, begründeten Unfähigkeit zu gewissen bürgerlichen Handlungen oder Rechten von selbst fließen."

Dem gleichen Blatt schreibt ein Deutsch-Amerikaner:

„Gestatten Sie einem Bürger der Vereinigten Staaten, der deutscher Abstammung ist und der sein Deutschtum — freilich ohne Chauvinismus — stets in Ehren gehalten hat, die Angelegenheit auch unter internationalem Gesichtspunkt mit ein paar Worten zu beleuchten. Wer jahrzehntelang sich in der Welt umgesehen hat, und zwar nicht nur in den Vereinigten Staaten, der wußte auch vor Ausbruch des Krieges, daß Deutschland bei fremden Völkern nicht beliebt ist. Zweifellos verdankt der Deutsche diese seine Stellung unter der Nation nicht nur seinen Fehlern, sondern auch seinen Vorzügen. Aber es wäre ganz falsch, anzunehmen, daß nur Neid und Mißgunst den Deutschen zu einer Karrikatur entstellt haben. Dieses Kapitel abzuhandeln, wäre weitläufig. Ich möchte in diesem Augenblick nur darauf hinweisen, daß der deutsche Antisemitismus nicht allein jeden modernen Menschen in hohem Grade abstoßen muß, sondern daß sein Hervorkehren in diesem Augenblick zugleich eine politische Dummheit ist. Wir Deutsche in den Vereinigten Staaten haben uns redlich Mühe gegeben, alle jene Kräfte mobil zu machen, die geeignet sind, eine gerechte und unparteiische Neutralität der Vereinigten Staaten herbeizuführen. Der Stand der Deutschen drüben ist, wie man hier weiß, kein leichter. Wir stehen mit den Iren zusammen, die erklärlicherweise von der Betätigung englischer Weltbeglückung nicht entzückt sind. Wir suchen an einem Strang zu ziehen mit den Juden, die aus Rußland stammen und die die Entente nicht lieben können, zu der jenes Reich gehört, das auf die niederträchtigste Weise die Millionen ihrer Freunde und Verwandten behandelt.

Einen Einfluß auf die Juden zu gewinnen, ist nicht ganz leicht gewesen, denn englische Agenten und die der englischen Politik zugängliche Presse machen mit größtem Nachdruck den folgenden Standpunkt geltend: England und Frankreich sind die Länder der Freiheit, und wenn diese Länder siegen, so werden sie die Möglichkeit haben, auch in Rußland die bürgerliche Freiheit der Juden durchzusetzen. Die Behauptung ist gewiß grundfalsch, denn ein siegreiches Rußland wird nicht geneigt sein, sich die Bahn für seine innere Politik vorzeichnen zu lassen. Ein Sieg befestigt die herrschende Politik in Rußland. Er erschüttert sie ganz gewiß nicht, und wenn das reaktionäre Rußland siegreich ist, so wird auf absehbare Zeit die Knechtung der gesamten russischen Bevölkerung ohne Ausnahme bestehen bleiben. Immerhin haben, so falsch auch die Folgerungen der Englandfreunde sein mögen, solche Ausführungen einen gewissen Eindruck gemacht, und es hat Arbeit gekostet, diese Sophistereien einigermaßen unwirksam zu machen. Nun nach dem Beschlusse der Mehrheit der Budgetkommission sehe ich nach echtamerikanischer Gepflogenheit schon in den proenglischen Zeitungen New Yorks zollgroße Überschriften etwa folgenden Inhalts: Sieg der Antisemiten im Deutschen Reichstag, oder Der Deutsche Reichstag skalpiert die Juden.

Daß diese Überschriften zutreffend und geschmackvoll sind, will ich nicht behaupten, aber wirkungsvoll sind sie für den Leser drüben, und man soll nicht vergessen, daß es in New York allein über zwei Millionen Juden gibt. Politisch urteilsfähig sind sie gewiß heute noch nicht alle, aber politisch mitzureden haben sie alle, und ihre Stimmen fallen bei der bevorstehenden Präsidentenwahl ins Gewicht. Wenn sie im Deutschen Reichstage starke antisemitische Tendenzen zu erkennen glauben, dann werden sie sich nicht gerade für verpflichtet halten, den englischen Lockungen die Ohren zu verschließen.

Der deutsche Botschafter in Washington würde gewiß geneigt sein, ein Privatissimum über die vorliegende Frage denen zu halten, die mehr darüber zu wissen wünschen."

Diese Preßstimmen dürften vorläufig genügen, um die Gefühle zu kennzeichnen, mit denen der Antrag in den verschiedenen Kreisen aufgenommen wurde.

München. Die Mitglieder der Zionistischen Ortsgruppe treffen sich allwöchentlich Montag abend um 8.30 Uhr im Café Fürstenhof, I. Stock. Gäste und Freunde sind stets willkommen.

Burgfriede und Konfession in Wien.

Es wird von manchem als ein Zeichen des Burgfriedens gepriesen, daß die herrschende Wiener Gemeinderatspartei, die christlich-soziale, der freisinnigs-sozialen Minderheit einige Mandate für den Stadtrat, das ist die eigentlichste Verwaltungsbehörde der Stadt Wien, überlassen und daran keinen Anstoß nehmen will, daß einer der Kandidaten der Freisinnigen ein Jude ist. Man wird es niemandem verübeln, wenn er irgend ein Gutes in dieser schweren Zeit mit Genugtuung verzeichnen will, und man wird auch nicht leugnen können, daß trotz unermüdlicher bösartiger antisemitischer Hetze in einigen Preßorganen der Ton in den städtischen Vertretungskörpern tatsächlich auf Burgfrieden gestimmt ist. Aber so neu und überraschend ist die Bereitwilligkeit, auch einen Juden in die Geschäfte der Stadt Einblick nehmen zu lassen, doch nicht.

Es war der christlich-sozialen Majorität schon lange unheimlich geworden bei der kontrollosen Wirtschaft, die wohl für manche zweifelhafte Geschäfte, aber auch für allerlei Verdächtigungen Raum ließ, und noch unter Lueger wurde der vertrauliche Versuch gemacht, ein Abkommen mit der Minderheit zu treffen, bei dem die Juden nicht nur ausgeschlossen, sondern sogar mit einem bestimmten, ihrer Wählerzahl entsprechenden Prozentsatz im Gemeinderat und Stadtrat bedacht werden sollten. Voraussetzung dafür war nur, daß die jüdischen Notabeln, an die sich die christlich-sozialen Vertrauensmänner damals wandten, das Versprechen zu geben hätten, die Unterstützung der Sozialdemokratie durch jüdische Mittel fortan zu verhüten. Das Abkommen ist damals an zwei Hindernissen gescheitert. Erstens konnte keine jüdische Notabelnvereinigung ein bindendes Versprechen für die gesamte Judenschaft abgeben, schon aus dem Grunde nicht, weil ein jüdisches Zentralorgan, das über die politische Haltung der jüdischen Bevölkerung entscheiden könnte, gar nicht existiert. Zweitens aber auch, weil dieselben Notabeln es ablehnten, ein Abkommen zu treffen, in dem jüdische Rechte oder Ansprüche auf einen bestimmten Prozentsatz, etwa nach der Bevölkerungsziffer, festgelegt worden wären. Dagegen glaubten die Herren sich verwahren zu sollen, weil aus historischen Gründen die berufliche Schichtung der Juden so sehr von denjenigen der Nichtjuden abweicht, daß jede Anwendung des Schlüsselprinzips die schwersten Unzuträglichkeiten für bestimmte Berufe nach sich ziehen müßte. Die Juden als eine vorwiegend städtische Mittelklasse sind natürlich in allen städtischen Mittelstandsberufen, merkantilen und akademischen, weit über ihre Verhältniszahl hinaus vertreten. Wenn aber erst einmal — so glaubten damals die Notabeln — der Anfang mit der Kontingentierung gemacht worden wäre, dann würde es sich bald von selbst verstehen, daß in allen Berufen der Versuch gemacht würde, den jüdischen Anteil auf die der Bevölkerungsquote entsprechende Ziffer hinabzudrücken. Ob richtig oder unrichtig, die Einwände waren damals stärker als der Wille, zu einem Ziel zu gelangen, und so hat es schließlich der Not der Zeit bedurft, vor allem aber des Bedürfnisses, die Verantwortung zu teilen, um die christlich-soziale Mehrheit dennoch dahin zu bringen, auch ohne Bindung einen, sage einen jüdischen Gemeinderat im Stadtrate zuzulassen.

Die Sache ist an und für sich gewiß unwichtig, aber sie verdient doch ein Wort der Erwähnung, schon weil sie zeigt, zu welchen Fehlern ein zu weit getriebener Doktrinarismus im praktischen Leben führen kann. Hätten die jüdischen Notabeln damals unter Ablehnung eines unerfüllbaren Versprechens das Abkommen mit Lueger getroffen, so wäre parteioffiziös beiderseits das Kriegsbeil begraben, die konfessionelle Hetze eingestellt worden und der dem toleranten, urbanen Sinn des Wieners gar nicht liegende antisemitische „Sauherdenton“ wäre aus dem öffentlichen Leben geschwunden. Die Gefahr aber, daß vom Wiener Gemeinderat aus eine Kontigentierung des jüdischen Anteils an allen übrigen öffentlichen Stellungen und Berufen eingetreten wäre, war wirklich nur eingebildet. In die öffentlichen Ämter kommen ungetaufte Juden ohnehin nur unter den größten Schwierigkeiten und in weit geringerem Prozentsatz als ihrer Bevölkerungsquote entspricht; für die übrigen bürgerlichen Berufe aber war es bei der Freiheit der Berufswahl im modernen Staate überhaupt ausgeschlossen, eine konfessionelle Quote festzustellen, es sei denn, man wäre zur alten Zunftordnung, zum numerus clausus, auf allen Gebieten übergegangen. Das ist denn aber doch unmöglich. Übrigens könnte eine solche gleichmäßige Verteilung, wenn sie nicht an sich eine Unmöglichkeit wäre, gerade auf die Lösung der Judenfrage vorteilhaft einwirken. Denn die judenfeindliche Gesinnung zieht ihre Nahrung ja doch zu einem wesentlichen Teil aus der ungleichen Verteilung des jüdischen Elements auf die verschiedenen Bevölkerungsklassen, die eine „Verjudung“ bestimmter Berufe zur niemandem — am wenigstens den Juden selbst — erfreulichen Folge hätte. Gäbe es ein Mittel, die Juden aus der einen städtischen Mittelstandsklasse, in die sie durch die Entwicklung hineingedrängt worden sind, wieder hinaus in das Volksganze zu führen und sie dort gleichmäßig zu verteilen, so wären sie längst in der hundertfachen Mehrheit verschwunden und niemand würde an ihnen Anstoß nehmen, ohne daß darum ihre spezifischen Fähigkeiten, die sauerteigartige Lebendigkeit vor allem für das Ganze verloren gegangen wäre.

Doch das sind Wünsche, deren Erfüllung in keines Gesetzgebers Macht mehr steht. Man muß sich heute mit so winzigen Symptomen wie es die Annäherung zwischen einer prinzipiell antisemitischen Mehrheit und der jüdischen Minderheit ist, umsomehr begnügen, als bei dem unfreiwilligen, durch die Kriegsereignisse herbeigeführten Massenzudrang ostjüdischer Elemente und deren nicht immer einwandfreier geschäftlicher Betätigung eher das Gegenteil zu befürchten gewesen wäre. (Aus der „Frankf. Ztg.“)

Aus der Geschichte der Juden in München.

(Fortsetzung.)

Als Reichskammerknechte wurden die Juden unmittelbar unter die Hoheit der deutschen Könige gestellt. Aber das bedeutete nicht, daß sie hierdurch auch wirklich immer geschützt wurden. Im Gegenteil, die deutschen Könige betrachteten ihre Oberhoheit über die Juden des Reichs meist nur als nutzbares Recht.

Ein christlicher Gelehrter sagt von ihnen: „So wie ein Landmann sein Vieh vor jedem schädlichen Einfluß zu hüten sucht, um von ihm einen größeren Nutzen zu ziehen, so beschützen die Kaiser und auch die Landesherren ihre Juden, damit ihre Ertragsfähigkeit nicht leide."

Das Schutzrecht über die Juden oder die Erlaubnis Juden zu halten, wurde von den Kaisern, deren Macht ja immer mehr abnahm, dann vielfach an die Landesherren, an Fürsten, Bischöfe und Städte übergeben. In Bayern scheinen die Herzöge schon früh das Judenschutzrecht besessen zu haben. Unter Kaiser Ludwig dem Bayern wurden die Juden Münchens im Jahre 1315 dem Rate der Stadt unterstellt, der bis dahin keine Gewalt über sie hatte.

Die Juden waren seit dem 12. Jahrhundert immer mehr vom W a r e n h a n d e l abgedrängt worden. Die Kaufherren der deutschen Städte, die in ihren Gilden keine Juden duldeten, wurden ihre Nachfolger. Auch in den Handwerkerzünften fanden sie keine Aufnahme und Grundbesitz war ihnen meistens verboten. — Die Juden wurden in jener Zeit immer mehr und schließlich fast ganz allein auf das Geldleihgeschäft, den Wucher, hingewiesen. Man verstand im Mittelalter unter „Wucher" etwas ganz anderes als heute. Unter den Begriff des Wuchers fiel damals jedes zinsbare Darlehen. Im Anschluß an die Vorschriften der Bibel erklärte die Kirche während des ganzen Mittelalters jedes Zinsennnehmen für verboten. Anfangs kehrte man sich wenig daran. Im früheren Mittelalter waren es besonders geistliche Institute und Klöster, die oft recht hohen Zins sich für ihre Darlehen zahlen ließen. Aber seit dem 12. Jahrhundert achtete die Kirche strenger auf Einhaltung ihrer Gebote. So mußte sich jeder, der Geldkredit suchte, an die J u d e n wenden, bei denen man bis zum Ende des Mittelalters das Zinsennehmen als erlaubt ansah.

Die Juden wurden auf die Art die Bankiers des Mittelalters, und „Jude" und „Geldverleiher" bedeutete im Sprachgebrauche eines.

Die mittelalterlichen Rechte treffen über die Darlehensgeschäfte der Juden vielfache Bestimmungen.

Für M ü n c h e n galten seit der Verordnung Kaiser Ludwigs des Bayern vom Jahre 1315 dieselben Bestimmungen wie für die Augsburger Juden.

In Augsburg bestand damals eine nicht unbeträchtliche Judengemeinde, die unter der Oberhoheit des städtischen Rates stand. Die Augsburger Juden scheinen sehr kapitalkräftig gewesen zu sein. Sie machten unter anderem Darlehensgeschäfte mit der Stadt München.

In einer erhalten gebliebenen Quittung aus dem Jahr 1307 bestätigten die Juden Lampl und Judel von Augsburg, daß „die ehrbaren und bescheidenen Bürger von München" ihnen die geliehenen 750 Pfund neue Augsburger Pfennige zurückgezahlt hätten.

Auch dem Kaiser Ludwig dem Bayern gewährten die Augsburger Juden ein größeres Darlehen, wogegen dieser ihnen seine Steuereinkünfte aus der Stadt München verpfändete.

Hiermit mag es zusammenhängen, wenn berichtet wird, daß der Rat der Stadt München im Jahre 1330 den Bürger Eberhard Pötschner nach Augsburg sandte, um den dortigen Juden den Ehrentrunk zu überbringen.

Nach dem Augsburger Stadrecht, das jetzt auch für die M ü n c h e n e r J u d e n eingeführt wurde, und dessen Bestimmungen sich z. Z. ähnlich im Münchener Stadrecht vom Jahre 1346 wiederfinden, war jeder Jude verpflichtet, an Einheimische Darlehen zu gewähren, wenn man ihm ein Pfand bot, das ein Drittel mehr wert war, als das gewünschte Darlehen. Die Darlehen der Juden wurden meistens auf Pfründen gewährt; an Fürsten, Städte, auch gegen Verpfändung von Steuern und Zöllen. Das Beispiel der Augsburger Juden, denen die Steuern der Münchener Bürger vom Kaiser Ludwig verpfändet wurden, habe ich bereits erwähnt.

Der Zinsfuß war gesetzlich festgelegt. Man zahlte wöchentlich 2 Pfennig vom Pfund Heller, der Fremde 3 Pfennig. Das sind im Jahre $43\frac{1}{3}$ oder 65 Prozent. Für unsere Begriffe gewiß außerordentlich hohe Zinssätze. Wenn man aber bedenkt, wie unsicher die damaligen Kreditverhältnisse waren, so versteht man es, daß man diese Sätze damals als die normalen fixierte.

Um jene Zeit scheinen auch die Juden in München ziemlich große Kapitalien besessen zu haben. Auch sie machten Darlehensgeschäfte mit dem Rate der Stadt, der sich in seinen finanziellen Schwierigkeiten in der Regierungszeit Ludwigs des Bayern nicht anders helfen konnte, als indem er Geld bei den Juden zu hohen Zinsen aufnahm.

So waren den Juden um jene Zeit alle Stände des deutschen Reichs, Fürsten, Bischöfe und Edelleute, Bürger und Bauern verschuldet.

Die Herrschenden allerdings verstanden es, sich ihren Anteil an dem Geschäftsgewinn der Juden zu sichern. Ich habe schon erwähnt, wie der Judenschutz dazu diente, dem Herrscher Einkünfte zu gewähren. — Die M ü n c h e n e r J u d e n mußten, seit sie unter der städtischen Obrigkeit standen, dem Rate der Stadt Münchens alljährlich bedeutende Schutzgelder zahlen. — Aber Kaiser Ludwig fand einen Weg, auch für die k a i s e r l i c h e Kasse wieder etwas von den Juden an sich zu bringen. Er führte den sog. „goldenen Oberpfennig" ein, eine jährliche Steuer von einem Goldgulden, den jeder Jude und jede Jüdin, die über 12 Jahre alt waren und mindestens 20 Gulden im Vermögen hatten, vom Jahre 1342 an dem Kaiser bezahlen mußten.

Man berief sich auf die Zeit der Zerstörung des zweiten Tempels und auf das Gesetz des römischen Kaisers Vespasian, daß der doppelte Schekel, die Tempelsteuer, künftig nach Rom gezahlt werden müsse. — Auf diese Verordnung führten die deutschen Kaiser, die sich ja gerne als die direkten Nachfolger der römischen Kaiser betrachteten, die neue Steuer zurück.

Ludwig der Bayer, der die neue Judensteuer einführte, hatte erklärt, er wolle dafür die Juden umso besser schirmen und schützen.

Aber einige Jahre später schon zeigte es sich, wie wenig der kaiserliche Schutz für die armen deutschen Juden bedeutete.

Die Jahre 1348—1350 waren die furchtbarsten für die Juden in allen deutschen Landen. Im Jahre 1348 hatte ein großes Erdbeben in Österreich und Bayern Verheerungen angerichtet; und im Jahre darauf hielt ein schrecklicher Gast in allen deutschen Gauen seinen Einzug: der schwarze Tod, die Pest. — In jener Zeit, da man das Wesen und die Art der Verbreitung der Krankheit noch nicht kannte, fielen ihr Tausende und Abertausende zum Opfer. est.

(Fortsetzung folgt.)

Welt-Echo

„Der Hammer“, der sich im Zeichen des Burgfriedens die gröblichsten Ausfälle gegen die Juden gestattet, darf seit dem 1. Oktober d. J. wieder erscheinen.

Im Zeichen des Burgfriedens. Der „Welt am Montag“ wurde ein Flugblatt übermittelt, das folgenden Kopf trägt:

1. Juli 1916. 3. Folge Nr. 1.

Der eiserne Ring.

Britanniam esse delendam! Wikinger Herfahrt.

Hinaus mit den Juden!

Vertrauliche Mitteilungen an Gesinnungsfreunde von Heinrich Pudor, Leipzig, Elisenstr. 34.

Bezugsgebühr: 5 Mk. für 24 Nummern, einschließl. „Antisemitisches Rüstzeug“ und „Arisches Blut“; einschließl. Nachdrucksrechtes 30 Mk. Bei Nachdruck ist vor jeden abgedruckten Artikel D. e. R. zu setzen.

Die Veröffentlichung der Artikel dieser Blätter ist von der Zensurbehörde gestattet worden.

Die beiden Artikel, die unter diesem Kopfe stehen, tragen die Überschrift: „Die Juden gestehen den politischen Charakter ihrer Verbände ein“ und „Wieder etwas vom Blut des Volkes“. Im Zeichen des Burgfriedens!

Die Judenriecherei. Die „Welt am Montag“ schreibt: Eine der beliebtesten Manieren der Antisemiten während des Krieges ist es, möglichst jeden Deutschland feindlichen Staatsmann in den Geruch jüdischer Abstammung zu bringen. Was dabei den Lesern manchmal an Gutgläubigkeit zugemutet wird, dafür ist nachstehende Notiz im „Hammer“ charakteristisch:

„Eine Namensgleichheit zwischen Venizelos und dem englischen Staatsmann des vergangenen Jahrhunderts, Benjamin D'Israeli, hat ein englischer Professor entdeckt und seine Entdeckung in der „Daily Mail“ niedergelegt. Er knüpft dabei an die sprachliche Eigenart des Neugriechen an, das „V“ wie „B“ auszusprechen, so daß der Grieche nicht Venizelos, sondern Benizelos sagt. Dieses Benizelos in zwei Worte geschrieben, würde Ben Izelos ergeben. Izelos ist aber nichts anderes, als ein in der neugriechischen Sprache verdorbenes Israelios, so daß man von Venizelos über Ben Izelos hinüber zu Ben Israelos gelangt. Dieses Ben Israelos bedeutet aber genau dasselbe wie das englische D'Israelos, so daß demnach der englische und der griechische Staatsmann denselben Namen tragen.“

Diese antisemitische Beweisführung erinnert an den Scherz, mit dem einst die Auswüchse der vergleichenden Sprachwissenschaft verulkt wurden. Damals „bewies“ man den Zusammenhang zwischen der deutschen und der griechischen Sprache an dem Worte „Fuchs“. Der Fuchs heißt griechisch alopex. Auf dem Wege über lopex, opex, pex, pix, pax, pux, fux wurde er zu dem uns wohlbekannten Tiere!

Militärseelsorge. Der Verband der deutschen Juden hat folgenden Erlaß vom Kriegsministerium erhalten:

In dem Erlaß vom 5. II. 16, M. 836/16. C. 4 ist mitgeteilt worden, daß der Ausschuß des Verbandes der deutschen Juden in Berlin die Regelung der Seelsorge an den jüdischen Heeresangehörigen und Kriegsgefangenen nach einheitlichen Gesichtspunkten in die Hand genommen hat und daß von dem Ausschuß den Generalkommandos bekannt gegeben würden:

1. Verzeichnisse der für jeden Armeekorpsbezirk ausgewählten Seelsorger unter Angabe des jedem Einzelnen angewiesenen Seelsorgebezirks.
2. Die Stellen, mit denen die Militärbehörden neben den einzelnen Seelsorgern, soweit erforderlich, in Angelegenheiten der jüdischen Seelsorge in Verbindung treten könnten.

Diese vom Ausschuß des Verbandes der Deutschen Juden getroffene Einrichtung wird, soweit die Militärverwaltung daran beteiligt ist, nicht beibehalten. Vielmehr verbleibt es künftig bei dem früheren Zustande, nach dem die Seelsorge an den jüdischen Heeresangehörigen lediglich durch die nach den einschlägigen Gesetzen zuständigen jüdischen Stellen geregelt wird. Das sind z. B. in Preußen die örtlichen Synagogengemeinden. Somit fallen für einen etwa erforderlichen Verkehr der Generalkommandos in Angelegenheit der jüdischen Seelsorge die vom genannten Ausschuß mitgeteilten besonderen Vermittelungsstellen fort. Auch Seelsorgerverzeichnisse werden künftig durch den Ausschuß und die von ihm benannten Vermittelungsstellen nicht mitgeteilt werden. Inwieweit in den vom Ausschuß inzwischen benannten Seelsorgern ein Wechsel eintreten wird, bleibt von entgegenstehenden Mitteilungen der für die Regelung der Seelsorge an den jüdischen Heeresangehörigen nach dem Gesetz allein berufenen Stellen abzuwarten. Eine Mitwirkung der Militärbehörden findet hierbei nicht statt. (Erlaß vom 19. X. 14. Nr. 165. 10. 14. C. 4.)

Die Anordnungen des Erlasses vom 5. II. 16. wegen Erstattung der Kosten für die zur Seelsorgeausübung erforderlichen Reisen der jüdischen Seelsorger bleiben dagegen für die Kriegsdauer bestehen. Reisekosten sind künftig auf Verlangen den jüdischen Seelsorgern zu erstatten, die durch eine Bescheinigung nachweisen, daß sie von der nach dem Gesetz zuständigen jüdischen Stelle mit der Seelsorge an den jüdischen Heeresangehörigen und Kriegsgefangenen beauftragt worden sind; daß die beauftragte Stelle die vom Gesetz anerkannte ist, würde durch die

zuständige Regierungsbehörde auf der Bescheinigung zu bestätigen sein.

Der Verband der Deutschen Juden und die bei der Angelegenheit gleichfalls beteiligte „Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums in Frankfurt a. M," (die beide lediglich innerhalb der Deutschen Juden vereinbarte Vertretungen sind) haben hiervon mit dem Ersuchen Kenntnis erhalten, die für die jüdische Seelsorge nach dem Gesetz zuständigen Stellen zu verständigen.

Das Kriegsministerium stellt das Weitere im Sinne des letzten Absatzes ergebenst anheim.

gez. Wild v. Hohenborn.

Ein polnischer Landesschulrat. Der Generalgouverneur v. Beseler hat die Einsetzung eines Landesschulrats in Polen bestätigt. Dieser Landesschulrat, der „bei der Entwicklung des nationalen Schulwesens durch Ratschläge und Initiative" mitwirken soll, besteht aus: 1. je einem Vertreter der römisch-katholischen und der evangelisch-augsburgischen Konfession; 2. einem Vertreter der jüdischen Religion; 3. je einem Vertreter der Warschauer Universität und des Polytechnikums; 4. drei Vertretern der Warschauer und zwei der Lodzer Stadtverwaltung; 5. je zwei Vertretern der Gesellschaft „Polnisches Schulwerk" und des Hauptaufsichtsrates zur Linderung der Not in Polen; 6. wenigstens 6 pädagogischen Fachleuten aus dem Generalgouvernement. Diese letzteren und der jüdische Vertreter werden vom Verwaltungschef bestimmt.

Der Misrachi in Warschau macht anscheinend bedeutende Fortschritte. In der letzten Zeit haben sich der Vereinigung mehrere hundert Mitglieder angeschlossen.

Jüdische Polizeibeamte in Warschau gefordert. Die Warschauer Juden haben sich an den Generalgouverneur mit dem Ersuchen gewandt, einige jüdische Polizeibeamte anzustellen. Da die jetzigen Polizeiangestellten kein Jüdisch verstehen, ist es wiederholt zu Unzuträglichkeiten gekommen.

Ein jüdisches Hilfskomitee in Kopenhagen, das seine Mittel zum größten Teile von den in Kopenhagen sich aufhaltenden Kriegsflüchtlingen erhält, gewährt jüdischen Notleidenden in den Kriegsgebieten Unterstützung. In einer am 16. Oktober stattgehabten Generalversammlung des Komitees wurde dagegen protestiert, daß die Juden in Galizien aus bestimmten Gründen bisher nicht unterstützt wurden. Nach heftiger Debatte wurde beschlossen, künftig auch nach Galizien Geld zu senden.

Die rumänischen Juden in Amerika. Der Verband rumänischer Juden in Amerika hat am 17. September in New York eine Konferenz aller rumänischen Juden in den Vereinigten Staaten einberufen, um darüber zu beraten, wie man den Juden in Rumänien Unterstützung gewähren und ihnen die bürgerliche und politische Gleichberechtigung erwirken könne. Die Versammlung war von mehreren Hundert Delegierten besucht.

Eine jüdische Forderung aus Washingtons Zeit. In Amerika ist ein seit Jahrzehnten schwebender Prozeß zwischen der amerikanischen Staaten-Regierung und einer jüdischen Familie wieder in ein neues Stadium getreten. Der amerikanische Bürger Hyam Solomon hat sr. Zt. George Washington die Summe von 660 000 Dollars zur Finanzierung der amerikanischen Revolution zur Verfügung gestellt. Viele Jahre nach Solomons Tode beschloß der Staatskongreß, diese Summe seinem Sohne Hyam zurückzuerstatten. Die betreffenden Urkunden wurden dem Erben an einem Sabbath zugestellt, und dieser weigerte sich, sie vor dem darauffolgenden Montag zu unterzeichnen. Zwischen Sonnabend und Montag jedoch starb er. Seit dieser Zeit ist die Familie Solomon mit ihrem Anspruch auf die betreffende Summe jederzeit abgewiesen worden. Unter Präsident Taft hatten amerikanische Juden angeregt, man solle aus dem Fond des sr. Zt. geliehenen Betrages eine Universität als Gedächtnisstiftung für Hyam Solomon gründen; dieser Vorschlag jedoch wurde nicht angenommen. Nunmehr haben die Erben den Betrag gegen die Regierung eingeklagt. Es ist interessant, wie dieser ungewöhnliche Rechtsfall, der die Dankbarkeit der amerikanischen Regierung in keinem besonders hellen Lichte zeigt, entschieden werden wird.

Jüdische Hilfsarbeit in Amerika. In Amerika hat sich unter dem Vorsitz von Felix M. Warburg eine neue Federation für jüdische Hilfsarbeit zusammengetan, die bis zum 1. Januar 1917 2 Millionen Dollar für philanthropische Zwecke aufbringen will.

Dienstzwang in Saloniki. Aus Saloniki wird gemeldet, daß die provisorische Regierung die Juden der Jahresklassen 1913 bis 1915 unter Androhung ihrer Verhaftung aufgefordert hat, sich spätestens Mittwoch zu stellen.

Ein Oberrabbiner für Italien. In den jüdischen Gemeinden Italiens wird gegenwärtig die Einsetzung eines Oberrabbiners für ganz Italien erwogen.

Aus Palästina. Der Oberbefehlshaber von Syrien und Palästina, Djemal Pascha, läßt zur Zeit durch den deutschen Ingenieur von Vaid die Bodenverhältnisse in Palästina eingehend untersuchen. Diejenigen Teile des Landes, die sich für landwirtschaftliche Zwecke nicht eignen, sollen irgendwie anders nutzbringend verwendet werden. — Sehr viel ist während des Krieges in Palästina zum Ausbau und in der Pflasterung der Straßen und der Erweiterung aller Verkehrswege geschehen.

Nach den Nachrichten, die von drüben einlaufen, scheint man sich in den letzten Monaten mit besonderem Eifer der Gemüsezucht zu widmen.

Freimaurer und Judenfrage. In Alexandrien fand kürzlich eine Freimaurerversammlung, die von Delegierten verschiedener Nationalitäten besucht war, statt. Dabei wurde ein Beschluß gefaßt, für die Emanzipation der russischen und der rumänischen Juden einzutreten.

Die russischen Juden in Italien. Die italienische Regierung hat alle in Italien wohnenden Juden aufgefordert, nach Rußland zurückzukehren. Irgend eine Instanz, bei der die von dieser Zwangsmaßregel betroffenen Juden Einspruch gegen die Zwangsverschickung erheben können, besteht in Italien nicht. Es wird weder ein Unterschied zwischen politischen Flüchtlingen und anderen Auswanderern gemacht, noch wird den aus Rußland ausgewanderten Juden das Recht eingeräumt, im italienischen Heere zu dienen.

Eingesandt

Feiertage im Felde. Die dritten Kriegs-Feiertage... Für mich waren die Feiertage, die ich das zweite Mal schon im Waffenrocke fern der Heimat verbringen sollte, besonders erhebend und lange ersehnt, da sie mich wieder in jüdische Umgebung führten. Zwar konnte ich nicht, wie ich erwartete, am Festgottesdienste meines Korps teilnehmen, wo ich manchen guten Kameraden, manchen alten Bekannten zu treffen hoffte. Statt in die kleine Synagoge des altertümlichen Städtchens nahe der Front führte mich mein Geschick hierher, wo eine große, alte Gemeinde auf das Kommen vieler Frontsoldaten sich vorbereitet hatte. Bot schon der Gottesdienst durch die zahlreichen Garnisonsmannschaften und Feldgrauen ein Bild mit stark kriegerischer Färbung, so war durch die Fürsorge der Gemeinde uns Soldaten Gelegenheit gegeben worden, einander näher kennen zu lernen durch ein Feiertags-Essen im Heime der B'ne B'rith-Loge.

Ein Mitglied der Loge, in seinem militärischen Range Vizefeldwebel, begrüßte die aus der Garnison und den nahegelegenen Frontabschnitten Herbeigekommenen und betonte die Freude der Veranstalter, durch die Ermöglichung koscherer Mahlzeiten den der Heimat Entrissenen einen gewissen Ersatz der gewohnten Feier zu bieten. Das Tischgebet, welches von einem der Teilnehmer gesprochen wurde, und die zeitgemäße zu Herzen gehende Ansprache des Herrn Rabbiners leiteten zu der geistigen Anregung des Abends sinngemäß über. In anregendem Gespräche bot sich vielfache Gelegenheit, den lang entbehrten Umgang mit Gleichgesinnten zu pflegen. Ernste und heitere Vorträge belebten die Stimmung.

Unter den weither Gekommenen traf man manchen alten Bekannten aus der Heimat, aus dem engeren und weiteren Vaterland und so erfüllte das Gefühl einer höheren Gemeinschaft alle Versammelten. Infolgedessen war es nicht verwunderlich, daß alle gemeinsamen Mahlzeiten, deren vier die Gemeinde an den beiden Rosch ha-Schanah-Tagen und zwei am Jom Kippur veranstaltete, sehr eifrig besucht waren; ja, bedauerlicherweise war die Zahl der Gekommenen am Erev Jom Kippur größer, als daß sie alle hätten teilnehmen können.

Alles jedoch, die wohltuende Gastlichkeit der hiesigen Judenheit, das Geschick, alle Gekommenen nicht nur unter dem Banne der Thora sondern auch unter dem eines tragenden und erhebenden Gemeinschaftsgefühls zu vereinen, ist des Dankes und dauernder Erinnerung aller Teilnehmer gewiß. Ein Leser.

Feuilleton

Schlichte Kriegserlebnisse

von Dr. Felix A. Theilhaber.*)

Die „Feiertage."

Auf den Wunsch meines Bataillonskommandeurs, Major v. J., war ich ausgeritten, nachzusehen, ob ein Bataillon des Res.-Inf.-Reg.... ein Dorf besetzt habe. Ohne Karte verreite ich mich wie gewöhnlich und komme, nachdem ich vor unserer Front herumgeturnt war, in ein langgestrecktes, vollkommen leeres Nest. Kein Mensch zeigt sich. Ich reite die Straßenbahn gegen Putte zu und finde niemand. Also drehe ich um. Da stehen plötzlich zwei Fahrräder, die sich an einem hübschen Hause langweilen. Aha, zwei belgische Patrouillen, die ich gefangen nehmen kann. „Hallo" rufe ich und schon stürzen zwei deutsche Vizefeldwebel bestürzt und erhitzt aus dem Weinkeller empor. Sie rapportieren, daß sie nachsehen sollten, ob das Nest von Belgiern frei sei und daß sie nun gefrühstückt, wie Bismarck zu sagen pflegte, beim Herrn Pfarrer eine kleine Visite gemacht hätten.

Zurück geht es. Inzwischen marschierte unsere Truppe weiter, schwärmte aus und rückte in Putte, einem Nest, das dem Außenfort von Antwerpen Wawre S. Catherine vorgelagert ist, ein. Unterwegs treffe ich die irdischen Überreste des braven Stabsarzt-Gaules. Mein hoher Chef, Stabsarzt Dr. G. hatte sich tags zuvor einem Aufklärungsritt angeschlossen und war dabei einem belgischen Panzerautomobil in den Weg gekommen. Über seinen Verbleib war nichts bekannt. Das Fell war von Maschinengewehrschüssen wie durchsiebt, das Fleisch selbst fehlte, das hatte die Bauernbevölkerung über Nacht abgeholt.

Während wir uns ernstliche Sorge um das Leben unseres immer unerschrockenen, stets liebenswürdigen Herrn Stabsarztes machten, drohte man ihm zur selben Zeit im Zuchthause von Antwerpen mit dem Tode des Erschießens. Wie uns Dr. G. nach der nach Wochen erfolgten Auslieferung erzählte, begnügte sich der Zuchthaus-Direktor mit der Konfiskation seiner goldenen Uhr.

Ich trotte also mit den Krankenträgern allein dem Bataillon nach und treffe in dem Dorfe Putte den Feldwebel der 7. Komp. S., der als gemeiner Soldat ausrückte und bald es zu dieser „gehobenen" Stellung brachte.

„In einer Stunde ist Rosch-haschoh-noh." Wir sehen uns an und wissen wirklich nicht, was wir sagen sollen. „Viel Vergnügen," sage ich nun platt und gehe, den Stab suchen. Der hat sich im Hause des Arztes von Putte eingenistet. Die Zimmer sind in eiliger Flucht völlig eingerichtet zurückgelassen worden. Unser Bursche Sp. findet gleich einige einladende Pullen Sekt im Weinkeller, schleppt entsprechende Gläser in den Apothekenraum. Irgend ein Bursche stellt eine Kiste Konfekt auf den Tisch, der Sektpfropfen knallt.

„Bum" — „bum" kracht es draußen. Und das ganze Haus zittert in den Fugen. Eine nette Bescherung. Unsere Hand stellt rasch das Glas zurück und irgend einer am Fenster sagt: „Die Kerle haben uns einrücken gesehen und schießen von dem Fort auf uns." Die Worte ersterben in dem unsympathischen Lärm, den die einschlagenden Granaten um uns herum machen.

Einer nach dem andern schleicht sich aus dem Haus. In einem Straßengraben vor den Häusern treffen wir uns wieder: der Major, der Adjutant und ich. Wir lachen herzlich. Eine nette Begrüßung. Zwei Meter abseits schlägt eine Granate ein und trifft gleich zwei unserer Leute. Unruhig wandere ich zu unseren Truppen hinaus und stehe schließlich wieder vor dem Heim des belgischen Kollegen. Niemand von den fröhlichen Zechern ist mehr in dem Hause, das bei jeder Granate, die dem unglücklichen Dorfe gilt, wie erschrocken zusammenfährt. Nur in der Ecke der Apothekerstube schläft der Bursche Sp., umgeben von einer

*) Aus: Lamms Jüdische Feldbücherei, Verlag Louis Lamm, Berlin.

Batterie leerer Sektflaschen. Es dämmert und ich sehe ins Freie hinaus. Jetzt erklingen in unsern Tempeln zu Hause die ersten hebräischen Weisen. — Roschhaschonoh.

* * *

„S.," sage ich ein andermal, „was wird aus der Jom-Kippurfeier, die wir veranstalten wollten?" Mein Onkel, der anno 1870 dabei war, hatte uns soviel von dem Feldgottesdienste erzählt, auf Bildern und sogar auf Taschentüchern konnte ich als Junge sehen, wie man damals diese Tage beging. Wir aber steckten mitten in der Arbeit. Zu Beginn des jüdischen Jahres hatten wir die Berennung Antwerpens unternommen und jetzt stand uns die letzte Tat, der Übergang über die Nethe bevor. Um zwei Uhr ging das Bataillon am erstürmten Lierre vorbei über den Fluß. Es regnete, aber wohl wenige achteten darauf, weil alle gespannt der Dinge harrten, die da kommen sollten. Die ersten Kompagnien kamen gut über den Steg. Die Belgier mußten sich auf die Entfernung der neuerrichteten Pionierbrücke erst einschießen; allmählich fanden sie das Ziel. Zwischen dem Bataillon und meiner Krankenträger-Truppe schiebt sich eine Maschinengewehrkompagnie ein, so daß wir, am Ufer liegend, zusehen, wie die Schüsse immer dichter an dem Steg sitzen. Weiter hinten spritzen hohe Wassersäulen empor, wo ganz große Kaliber, die man deutlich abziehen hört, einschlagen. Im gegenüberliegenden Wald beginnt der Nahkampf. Hornisten blasen andauernd Signale, die wir längst vergessen haben und nicht kennen. Jetzt kommen wir zum Übergang, wo ein Schuß die Bretter wackeln läßt. Wir laufen mit unseren Bahren wie toll über den schmalen, vom Regen feuchten Steg, der nur wenig aus dem schmutzig-grauen Wasser hinausragt, und verteilen uns sofort über die Wiese, um nicht auf dem Wege ein einheitliches Ziel abzugeben. Die Wiese war, da die Nethe gestaut war, keine Wiese mehr, sondern ein Sumpf, aus dem ich hundert Meter später herausgezogen werden mußte. Die feindliche Artillerie beflügelt unsern Schritt, besonders an der Ruine eines Schlosses, wo sich die Granaten ein Rendez-vous geben.

Zuerst waten wir in einem Kanal umher und finden keinen Übergang, dagegen Salven feindlicher Maschinengewehre, die, weil die Belgier vielfach zu hoch schießen, das hintere Gelände mit unheimlichem Feuer bestreichen. Einzelne Verwundete kommen, die wie gewöhnlich keine Ahnung haben, wo wir weiter gehen sollen. Nur vorwärts! Zweimal steigen wir zu kleinen Brücken empor, auf denen uns die Kugeln um die Ohren sausen, über Hecken und Gräben, durch morastige Felder. Einige unserer Leute verlieren sich. Tote Belgier liegen im Schützengraben. Nach vier Stunden finden wir das Bataillon, schleppen die Verwundeten in den Keller des zerstörten Schlosses zurück und rücken, dafür schwer mit Wein und Brot beladen, wieder zur Front, da die Soldaten vorne nichts zu essen und zu trinken haben. Der Stab liegt fünfzig Meter hinter der Schützenlinie in einem kleinen Gehöft, wo ich mich um 12 Uhr hinlege. Um 2 Uhr geht eine blödsinnige Knallerei los. Die Belgier machen einen Feuerüberfall. Wirklich gelingt es einer feindlichen Kompagnie durch eine Lücke durchzubrechen. Schießen vor und hinter der Front. Wie ich aus dem Haus herausgehe, pfeifen die Kugeln aus allen Richtungen. Die durchgebrochenen Belgier haben sich vis-à-vis im Hause festgesetzt.

Um 4 Uhr ist der Ausfall abgeschlagen. In unserm Hause treffen sich Transporte mit Verwundeten und Gefangenen. Wir haben 36 Mann von unserm Bataillon zu verbinden. Es wird darüber Tag und schon flitzen die Granaten in mein provisorisches Lazarett, ehe wir beim Abtransport sind. Zuerst lachen wir, als von draußen das Dach ans Fenster fliegt. Dann fällt der Schornstein vom Dach und Flintenkugeln sausen durch die Fensterläden und verlieren sich in der Wand. Der Sanitätsunteroffizier, der Kaffee für die Verwundeten kocht, springt in eine Ecke. Zwei verwundete Belgier in einem Raume erschlägt eine Granate. Leise wimmernd haucht der eine sein junges Leben aus. Ein junger, belgischer Arzt, der als Offizier diente, kreischt laut auf und schreit. Die Fahne, die bei uns untergebracht ist, trifft ein Geschoß und der lange Fahnenträger R., der einen Schuß ins Bein davongetragen hat, schimpft und flucht. Die Krankenträger springen mit ihren Bahren über das Feld. Und als ich mit dem Sanitätsunteroffizier M. den armen Unteroffizier V., der aus Markirch stammte und einen Bauchschuß hatte, in den Keller bergen will, bearbeitet meinen Rücken ein abgesprengtes Schrapnellstück, so daß ich fast den Verwundeten zur Erde fallen lasse. Aber das alte Eisen hatte keinen durchschlagenden Erfolg...

Weil wir nichts zu essen bekamen, hat an diesem „langen Tag" sogar das ganze Bataillon gefastet.

* * *

Ende Laubhüttenfest waren wir an die Yser gekommen. In der 6. Kompagnie diente der Zugführer S., Bankbeamter aus Düsseldorf. Er wollte als Jude zeigen, daß er besonders tapfer sei. Mehrfach war er mutige Patrouillen gegangen, in den Gefechten war er mit seinem Zuge stets voraus. Wir waren gute Bekannte, weil er mir sein Leid geklagt hatte. „Sie werden sehen," sagte er, „heute zeige ich, daß ein Jude Schneid hat." Simchas Thora kommt, ein Tag der Freude. Aber das Krachen der Geschütze wird nur noch lauter; aus dem Himmel fahrende zündende Blitze. Pfeifen und Heulen. S. ist an der Spitze der 6. Kompagnie heute gefallen. Und nun buddeln sie ihn ein. Simchas Thora ist heute, hört Ihr nicht? Das Krachen um uns wird nur ärger. Jetzt werfen sie Erde auf das frische Grab. Nur die Sonne geht blutigrot unter.

* * *

In Samogitien.

Telzi. Auf dem Marktplatz der Juden. Der Ort ist sonst so leer. „Warum seid Ihr nicht geflohen?" frage ich die Herumstehenden. „Herr, wir sind geflohen. Das nackte Leben haben wir aus Tauroggen gerettet. Bis hierher sind wir gekommen. Auch hier gibt es nichts zu essen. Wohin sollen wir jetzt?" Und arme, zerlumpte Menschen drängen sich um uns. Ich bin ratlos, wie meine Brüder in Rußland. Wohin soll ich ihnen raten, sich zu wenden?

Szawle. Vor der Flucht haben die Russen die Stadt angezündet. Eine jüdische Stadt, keine russische. Und in den Häusern verbrannte ihr Letztes. Mag die Kriegsfurie den Bauern Haus und Hof, die Ernte zum Teil vernichten, der Boden, der wahre Besitz, bleibt. Die Zukunft ist gegeben, einst nach dem Friedensschluß, vielleicht schon vorher kann der Bauer wieder die Erde bestel-

len. Dem Juden nimmt die Flamme das Letzte; die Ware ist sein Arbeitszeug. Ihn ruiniert der Krieg allein völlig.

Und im Lande sitzen Tausende von Juden und sind Bettler geworden.

Ejagora. Der Sabbat naht. Hinter den letzten Häusern der Stadt hocken Menschen, die unsern Juden aus Unterfranken und Hessen aufs Haar gleichen. Typen, die sich vielleicht nur dadurch unterscheiden, daß ihre Kleidung etwas anders und schlechter, bettelhafter ist. Ich gehe vorbei. Ein Mädchen von sechs Jahren kreischt laut auf und läuft davon. Die Mutter geht schützend davor. „Hast du Moire?" sag ich laut. Die Kleine sieht sich um und noch mehr die kleine Gemeinschaft. „Seid Ihr a Jid?" fragte mich ein alter Mann. „A Jid, a Jid", wiederholt als ich nicke, die Umgebung. Und es ist, als ob eine große Freude durch alle gehe.

Und die einen von ihnen, stellt sich heraus, sind aus den Orten geflohen, die die Deutschen in Brand schossen, und die anderen aus solchen, die die Russen anzündeten. „Wir sind hier Fremde. Der Russe haßt uns. Dort unten haben sie sieben Juden gehängt, weil sie Spione sein sollten. Wenn die Deutschen an einem Orte bleiben würden. Heute sind sie zum dritten Male hier, ebenso oft die Russen. Und wir? Können wir nach Deutschland? Man läßt uns nicht herein. Können wir ins weite Rußland? Ihr wißt, es ist uns verboten. Bis wohin werden die Deutschen noch dringen? Sollen wir vorwärts, zurück? Können wir bleiben?"

Und ich erörtere die Lage, aber ich komme nicht weit. Was kann ich raten, was kann ich sagen? Nur der eine Gedanke geht mir nicht aus dem Kopf. Diese arme, gehetzte Masse, die für ihr Leben und das der Ihrigen zittert, soll spionieren? Sie wissen, daß jede Bewegung von ihnen, jedes Gespräch genau beobachtet wird, daß die Russen nur auf die Gelegenheit passen.

Ich grüße sie und will etwas Jüdisches zum Schluß sagen. Es fällt mir nur ein: „Massel und Broche". Da schütteln zwei Greise den Kopf, wehren mit der Hand ab und setzen sich resigniert auf die Erde. Müd' und stumm.

* * *

Lalle. Nur ein paar Juden im Ort. Eine Wirtschaft, die von Russen und Deutschen ausverkauft, ausrequiriert ist. Kein Stück zum Essen mehr da. Truppen, immer wieder Truppen, ziehen vorbei, halten an, sehen nach, ob noch etwas in den Schränken sich findet, was zu essen ist. —

Wir sprechen von den Fliegerbombardements. Leider sind ihre Opfer nicht etwa russische Städte. Nein, der Jude zahlt die Zeche. Nach Kalisch, Tauroggen, nun Kowno, Grodno. Wer kennt sie aber als jüdische Gemeinden?

Wir sprechen vom Leben der Juden in Lalle. „Wir sind ‚Am Haarez'," sagen sie zu mir. „In Kielmy, wo Sie durchgekommen sind, war eine große und schöne Gemeinde. Was nach dem Brande sein wird? Wer weiß."

Hinten im Zimmer ist ein großer russischer Ofen. Da kriechen kleine Kinder, die sich um uns nicht gekümmert haben.

„Tate," ruft das eine, „gebt mir a Broit (Brot)."

„Mamme," ruft ein zweites, „mir aach."

„Seit acht Tagen haben wir keines," sagt die Mutter. Mein Bursche ist schon längst weg, der vielleicht noch eines hatte. Ich habe nichts bei mir und muß auch allmählich den Truppen nach.

Ich verabschiede mich hastig und als ich schon gehe, höre ich immer, wie die Kleinen fragen: „Wann wird kimmen das Broit?"

Und im Wind verklingt das Schreien und das Jammern der Kinder. Eine junge Mutter weint leise.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Personalien.

Herr Dr. Max Mayer, der zeitweise die Redaktion des „Jüdischen Echo" führte und jetzt als Redakteur der Zeitschrift „Der Jude" in Berlin lebt, hat sich mit Frl. Erna Zweig verlobt. Wir sprechen dem geschätzten Mitarbeiter unseres Blattes und seiner Verlobten unsere aufrichtigen Glückwünsche aus!

Das Eiserne Kreuz I. Klasse wurde dem kgl. Oberarzt der Reserve Dr. S c h l o ß b e r g e r verliehen.

Der k. Gymnasialprofessor Julius R o s e n f e l d in Würzburg wurde an das k. b. Technikum in Nürnberg als k. Professor berufen.

Die Großhändler Max B a e r in Würzburg und Max L a n g in Fürth wurden zu kgl. bayer. Handelsrichtern ernannt.

Zu kgl. bayer. Hauptleuten bezw. Rittmeistern der Reserve wurden befördert die Oberleutnants Gustav B i s s i n g e r im 4. Chev.-Regt., Karl S c h w a r z in der Fußartillerie, Stephan K u n r e u t h e r (Hof-Nürnberg) in der Landwehrfeldartillerie, Gustav H e c h t in der Fußartillerie, Bela U j h e l y in München, Heinrich H e ß Amberg), Franz H e n l e (Aschaffenburg), Gustav M a n n h e i m e r (München), Karl H i r s c h m a n n (Nürnberg), alle in der Landwehrinfanterie. Ferner Walter H e ß (Aschaffenburg) in der Landwehr-Kav., Alfred W e i l (Aschaffenburg) in der Fußart. 2. Aufg., Wilhelm V o g e l (München) bei den Pionieren und Otto H ö c h s t ä d t e r (Hof) im Landw.-Train.

Unteroffizier Oskar B o d e n h e i m e r vom b. Res.-Inf.-Regt. Nr. 2 erhielt das Eiserne Kreuz 2. Klasse und das bayer. Militärverdienstkreuz 3. Kl. mit Krone und Schwert verliehen.

München. Die hiesige Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes veranstaltete am 25. Oktober eine Mitgliederversammlung. Frau A. E l l i n g e r erstattete den Bericht über die vom Verein unterhaltenen Nähstuben. Frau Hofrat O p p e n h e i m e r berichtet über die vom Magistrat geplanten Licht- und Wärmstuben für Kriegerfrauen. Die Ortsgruppe München des Jüd. Frauenbundes ist mit der Leitung einer dieser Wärmstuben, nämlich der in der Rosentalschule betraut worden. Eine Leiterin dafür ist bereits gefunden. Auf Ersuchen der Vorsitzenden meldeten sich einige Helferinnen, die sich für bestimmte Tage verpflichten. Die Meldung weiterer Helferinnen ist erwünscht. Dann berichtete das Mitglied des Bundesvorstands Frau Clementine C r ä m e r über die Sitzung des Hauptbundes, die im Frühjahr in Königsberg stattgefunden hat, über die an die Sitzung sich anschließende Reise der Vorstandschaft in das vom Kriege heimgesuchte Ostpreußen und die vorgenommene Notstandsaktion. Sie machte auch Mitteilung über den im Hamburg stattfindenden Delegiertentag, an welchem die Ortsgruppe München vertreten sein wird. Die Versammlung war gut besucht.

München. Die Kultusverwaltung Münchens, welche aus 18 Verwaltungsmitgliedern zusammengesetzt ist, erneut ihren Verwaltungskörper derart, daß nach je zwei Jahren für sechs Herren eine Erneuerungswahl stattfindet. Die Wahlen im Jahre 1914 fielen des Kriegszustandes halber aus, und da auch in diesem Jahre solche unterbleiben sollen, so dürfte im Jahre 1918 eine völlige Neuwahl der 18 Mitglieder erfolgen. Hoffen wir, daß bis dahin die in der politischen Welt Deutschlands erwartete Neuorientierung auch in der Regierungsstube der Herzog-Max-Straße in Erscheinung treten wird.

Nürnberg und Gunzenhausen. „Ü b e r P a l ä s t i n a i m W e l t k r i e g e" sprach am Donnerstag abend im großen Saal des Hotels „Goldener Adler" Frl. Helene Hanna C o h n aus München auf Grund eigener Beobachtungen,





die sie während eines längeren Aufenthaltes in Palästina vor und nach dem Ausbruch des Krieges zu machen Gelegenheit hatte. Der „Fränk. Kurier" berichtet über diesen Vortrag folgendermaßen: „Frl. H. H. Cohn knüpfte an die Vielgestaltigkeit des Klimas und der Landschaft an und verglich diese mit der Vielgestaltigkeit der religiösen und politischen Interessen, die vor dem Krieg in dem geschichtlich so denkwürdigen Lande einander bekämpften. Mit dem Ausbruch des Krieges verschwand der Widerstreit der politischen Ziele durch den Abzug der Franzosen, Russen, Engländer und Italiener, verschwand aber jede Verbindung mit dem Abendland und begann für die zurückgebliebenen Türken, Araber, Deutschen und Juden eine Zeit der Not und der größten Entbehrungen. Die amerikanischen Glaubensgenossen sandten von Zeit zu Zeit den palästinensischen Juden Geldunterstützungen, die freilich nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein wirkten. Die Rednerin schilderte die Hilfsorganisation, welche diese Kolonien unter Beweisen höchster Opferwilligkeit schufen und im Kampf mit tausenderlei Schwierigkeiten mut- und vertrauensvoll aufrechterhielten. Sie schloß ihre mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der eindringlichen Bitte um möglichste Unterstützung der um ihre Existenz ringenden Kolonien."

Fräulein H. H. Cohn, die am 26. Oktober in Nürnberg, am 29. Oktober in Gunzenhausen über „Palästina vor und nach dem Kriegsausbruch" sprach, wurden von Palästinafreunden in Nürnberg gegen 500 Mark, in Gunzenhausen 80 Mark für den Palästinahilfsfonds übergeben.

Köln. Zu den hoffnungsvollen Menschenleben, deren Verlust für den Zionismus lange schmerzlich empfunden werden wird, gehört der bald vor einem Jahre in Frankreich gefallene Heinrich Dülken aus Köln a. Rh. Auf den Namen des Verewigten haben dessen Angehörige im Rahmen des Jüdischen Nationalfonds eine Stiftung errichtet, deren Statuten wir nachstehend zum Abdruck bringen:

§ I.

Herr Isidor Dülken, in Köln a. Rh., als Vater, und Herrn Ernst Dülken, ebenda, als Bruder des auf dem Schlachtfelde in Frankreich am 25. September 1915 gefallenen Herrn Heinrich Dülken sel. errichteten zu dessen ewigem Gedenken eine Stiftung unter dem Namen „Heinrich Dülken-Stiftung".

§ II.

Zweck der Stiftung.

Die Stiftung soll dazu dienen, jüdischen Landarbeitern und -Arbeiterinnen in Palästina, in erster Linie solchen, die sich auf dem Boden des Jüdischen Nationalfonds ansiedeln, die Familiengründung zu erleichtern.

§ III.

Stiftungs-Kapital.

Die in § 1 genannten Stifter übergeben dem Jüdischen Nationalfonds (Keren Kajemeth le Jisroel) zunächst einen Betrag von Mk. 7000.— (in Worten: Siebentausend Mark), der bis zur rechtskräftigen Gründung der Stiftung von dem Jüdischen Nationalfonds als Depot verwaltet werden soll.

§ IV.

Die Stifter behalten sich vor, selbst oder durch ihre Rechtsnachfolger das Kapital der Stiftung

jederzeit zu erhöhen, jedoch soll von keiner anderen Seite zu derselben beigetragen werden.

§ V.

Die Verwaltung der Stiftung wird dem Jüdischen Nationalfonds übertragen. Das Kapital der Stiftung soll vom Jüdischen Nationalfonds gesondert verwaltet und in seiner Bilanz gesondert unter dem Namen „Heinrich Dülken-Stiftung" ausgewiesen werden.

§ VI.

Das Stiftungskapital soll in mündelsicheren und zinstragenden Wertpapieren angelegt werden. Ein Viertel des Zinsertrages soll dem Jüdischen Nationalfonds für Verwaltungskosten zufallen, doch dürfen dieselben im Höchstfalle Mk. 250.— jährlich betragen.

§ VII.

Die verbleibenden drei Viertel des Zinsertrages des Stiftungskapitals sollen alljährlich im Sinne des § II dazu verwendet werden, heiratenden Landarbeiterpaaren Darlehen zu gewähren zum Zwecke der Ausstattung ihrer Wirtschaft und ihres Haushaltes. Die Darlehen sollen in angemessenen Jahresraten zurückgezahlt und zu einem geringen Zinssatze verzinst werden. Die zurückfließenden Gelder fallen wieder dem Stiftungskapitale zu. Der Nationalfonds soll das Recht haben, die Darlehen auch zinsfrei zu geben, falls er dies im Hinblick auf den Darlehensnehmer für richtig hält.

§ VIII.

Sollte der Zweck der Stiftung während des Verwaltungsjahres nicht zu erreichen sein, so sollen die Zinsen des Stiftungskapitales in den folgenden Jahren Verwendung finden. Herr Isidor Dülken oder ein Mitglied seiner Familie, als Rechtsnachfolger, soll jeweilig das Recht haben, die Einhaltung des Stiftungsvertrages zu kontrollieren.

§ IX.

Die Bewerber müssen gut beleumundet sein und ein Zeugnis des Leiters der Kolonisationsunternehmungen des Jüdischen Nationalfonds darüber vorlegen, daß sie mit der palästinensischen Landwirtschaft, speziell mit Gemüsebau, Geflügelzucht oder Milchwirtschaft, vertraut sind.

(Aus „Erez Israel", Mittlg. d. Hauptbüros d. Jüd. Nationalfonds, Den Haag.)

Anzeigen-Echo

(In dieser Abteilung finden Voranzeigen der Vereine auch ausserhalb Münchens kostenlose Aufnahme.)

Der Verein Bne-Jehuda hatte seine Mitglieder und Freunde am 21. Oktober zu einer Simchas Thora-Feier im alten Hackerbräu eingeladen. Die Feier wurde mit einer Ansprache durch Frl. Helene Hanna Cohn eingeleitet. Dann folgten musikalische und rezitatorische Vorträge von den Herren Baumgartner, Streber, Löwy, Marlé, Fleischer, Grünbaum und Riehl und Frl. Fleischer. Die zahlreich erschienenen Festteilnehmer schieden zu später Stunde in dem Bewußtsein, daß hier eine Schar dem Judentum treu ergebener junger Leute sich zu einer durchaus gelungenen Feier des alten Festes vereinigt hatten.

Verein Bne-Jehuda München. Samstag, den 4. November 9.15 Uhr wird Herr Dr. Alexander Eliasberg über „Die Juden in Frankreich zur Zeit der Revolution" einen Vortrag halten. Gäste herzlich willkommen.

Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München